

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. März 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergütungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; staupe, Verläufe und Empfehlungen aller Art 30 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 30

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Urteil:** Ein gewerkschaftlicher Gedenktag. — Geschäftsbericht des Tarifamts für das Jahr 1916 (3. Fortsetzung).

**Korrespondenzen:** Berlin (A.). — Erfurt (M. S.). — Hof. — Würzburg.

**Rundschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmenswerte Beispiele zur Erleichterung des Durchhaltens. — Umfangsbeschränkung wegen Personalmangels. — Eingegangene Zeitung. — Aufgehobenes Konsumverbot. — Ein frühzeitig eingeleitetes. — Prof. Joppelt. — Soziale Gesichtspunkte in der Nahrungfrage und der Ernährungsfrage. — Aufforderung zur Erhöhung der Gehältern teils der Ortskrankenkassen. — Kleingeldbanquier. — Maßnahmen gegen die Kleingeldnot. — Städtisches Kriegsendgeld.

### Ein gewerkschaftlicher Gedenktag

Am 14. März jährt es sich zum fünfundszwanzigsten Male, daß die deutschen Gewerkschaften, wie sie ihre Zusammensetzung finden in der Generalkommission, in Halberstadt ihren ersten Kongress abhielten, der bis zum 18. März währte.

Zu einem Zeitpunkt, der einen Zweig der deutschen Arbeiterbewegung von heftigen Erschütterungen durchbebt zeigt und unter den traurigsten Erscheinungen die unabwendbar gewordene Scheidung in der sozialdemokratischen Partei sich vollziehen sieht, gebietet es die Pflicht, der ehemals werdenden Dinge zu gedenken. Wenn das Gewordene hier auch nicht ausführlich gewertet werden kann, so ist doch ein kurzer Rückblick sicherlich schon geeignet, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor einem ausweglosen Pessimismus ebenso zu bewahren wie vor gefährlichen Enttäuschungen, die rabulistisch angelegter Zwiespalt bringen kann. Zeitalter, wo die vier grauen Weiber aus dem „Faust“: Mangel, Sorge, Not und Schuld, infolge des langen, schweren Kriegs zu Gasse sind, bieten ein gutgefügten Boden für Zerlegungen und auch für Bestrebungen, die letzten Endes darauf hinauslaufen, zu dem großen allgemeinen Schaden noch kurzfristige Selbstschädigungen zu fügen, die in ihrem Effekt schlimmer als das durch den aller Maßstäbe spottenden Krieg herausbeschorene Unheil für unser Volk und Land sein müßten.

Der Halberstädter erste Gewerkschaftskongress hatte Vorläufer in dem allgemeinen deutschen Arbeiterkongress zu Berlin 1868, der von Schweitzer und Frische einberufen war, in dem Erfurter Gewerkschaftskongress 1872, von den führenden Männern der Eisenacher sozialdemokratischen Richtung (darunter Bebel und Liebknecht) veranlaßt, der sich bereits für die Bildung einheitlicher, neutraler Gewerkschaftsorganisationen entschied, sowie in dem Magdeburger Kongress 1874, ebenfalls von den Eisenachern aufkande gebracht und für die Gründung einer Gewerkschaftsunion sich entscheidend.

Auf einer Gewerkschaftsversammlung im November 1890 zu Berlin wurde dann die Generalkommission gegründet, eine Erklärung für die zentralistische Organisationsform gefaßt, ein allgemeiner Gewerkschaftskongress in Aussicht genommen und die Schaffung des „Korrespondenzblattes“ beschlossen.

Der Halberstädter Kongress sah 208 Delegierte versammelt, die 303519 in 62 Verbänden und zahlreichen Lokalorganisationen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertraten. Unser Verband hatte Döblin und Betsch (Berlin), Eichler (Leipzig), Demuth (Hamburg), Heismann (Stensburg), Kolenbruch (Hannover), Günther (Braunschweig), Mirow (Bielefeld), Dominé (Frankfurt a. M.), Kiefer (München), Antie

(Stuttgart), Steinbrück (Dresden) und Herbert (Stettin) entsandt.

Die Generalkommission hatte seit ihrem Bestehen (18. November 1890) bis zum Kongress 288992 Mk. Einnahmen und 280252 Mk. Ausgaben. Von einem aufgenommenen Darlehen im Betrage von 106950 Mark waren noch 31950 Mk. abzutragen. Das Jahr 1892 wies 56 angeschlossene Zentralverbände mit 237094 Mitgliedern (darunter 4355 weibliche), 2031922 Mk. Einnahmen in 46 Organisationen, 1786271 Mk. Ausgaben (50) und 646415 Mk. Vermögen in allen Verbänden auf, Wegen der durch den Weltkrieg hervorgerufenen großen Veränderungen kann nur das letzte Volkjahr 1913 zum Vergleiche genommen werden, wenn die Entwicklung richtig gezeigt werden soll. In dem genannten Jahre waren der Generalkommission 47 Zentralverbände angeschossen, die 2543763 Mitglieder (223676 weibliche), 82005580 Mk. Einnahmen, 74904962 Mark Ausgaben und 88069295 Mk. Vermögensbestand ausführen konnten. Die Organisationen der Hausangestellten und Landarbeiter sind aus besonderen Gründen in keinem Betracht mitgezählt. Hatten die Zentralverbände im Jahr ihres ersten Kongresses für die Durchführung des obersten Gewerkschaftsprinzips — Bevölkerung der Arbeitsbedingungen — 236964 Mk. als Gemahregeltenunterstützung sowie 44943 Mk. an Streikunterstützung und Kosten von Lohnbewegungen zu verzeichnen, so waren im Jahre 1913 dafür 937461 Mk. bzw. 16604756 Mk. erforderlich. Das sind gewaltige Unterschiede, die bei der Streikunterstützung und den Kosten der Lohnbewegungen (letzte Ziffer) am auffälligsten werden, wenn man bedenkt, daß von allen wirtschaftlichen Bewegungen des Jahres 1913 im ganzen rund 74 Proz. einen friedlichen Verlauf nahmen, also wenig Kosten verursachten, trotzdem jedoch den weitaus größeren positiven Erfolg für die Arbeiterschaft brachten. Das Bestehen von 12369 Tarifverträgen für 1845454 Beschäftigte in 193760 Betrieben ist der Hauptfaktor für den sich hier ausdrückenden Erfolg, der der neueren Gewerkschaftsmethode: mit möglichst geringen Kosten und Opfern einen möglichst großen Fortschritt zu erreichen, zu danken ist. Vor 25 Jahren war das noch unentdecktes Neuland für die Gewerkschaften, auch die fast zwei Jahrzehnte alte Tarifgemeinschaft der Buchdrucker stand damals, unter dem frischen Eindruck unrer Niederlage, in schlechtem Rufe.

Wenn zur Zeit des Halberstädter Kongresses kaum 5 Proz. der gewerblichen Arbeiter Deutschlands organisiert waren und den freien Gewerkschaften im Jahre 1913 doch erst rund 23 Proz. angehörten, so bereitet diese Entwicklung allerdings nicht sonderliche Befriedigung. Inbessn ist die ungeheure Zunahme der industriellen Arbeiterschaft seit 1892 zu berücksichtigen, das Bestehen von mehreren Gewerkschaftsrichtungen in Betracht zu ziehen und nicht am wenigsten zu übersehen, daß seit einer Reihe von Jahren die Großindustrie mit der Gründung von Gegenorganisationen, den gelben Gewerkschaften, die größten Anstrengungen macht, die 1913 auf 280002 Mitglieder angewachsen waren und seitdem in prozentual jedenfalls größerem Verhältnisse zugenommen haben wie die Zentralverbände, weil ein verwerflicher Zwang zum Beitritt ausgeübt wird.

Auf dem Halberstädter Kongress war die Organisationsform der umstrittenste Punkt. Es standen

sich vier Richtungen gegenüber, die für die Schaffung von Industrieverbänden, Kartellverträgen unter berufsverwandten Zentralorganisationen, Zentralverbänden in heutiger Art und Lokalorganisationen auf Grundlage des Vertrauensmännerlsystems eintraten. Die Lokalorganisation auf politischer und wirtschaftlicher Basis wurde überhaupt abgelehnt, worauf 12 von deren 36 Vertretern den Kongress in Halberstadt unter Protest verließen und eine grundsätzliche Opposition ankündigten. Diese Organisationsform hat noch ziemlich lange rumort, mußt aber doch an ihrer unausbleiblichen Ohnmacht zugrunde gehen. Hinterlich auch der Halberstädter Kongress noch keine volle Klärung, so wurde mit seiner Entscheidung für Zentralverbände mit hohen Beiträgen, für das Zusammenwirken berufsverwandter Organisationen auf Grund von Kartellverträgen sowie mit dem beschlossenen Weiterbestehen der Generalkommission doch der Weg bereitet für die Entwicklung, die in einem vorhergehenden Absätze mit Genugtuung gezeigt werden konnte.

Was Legien, der Vorsitzende der Generalkommission schon damals, in seiner Eröffnungsrede zum Halberstädter Kongress programmatisch ausführte:

daß die Gewerkschaftsorganisationen nicht die Lösung der sozialen Frage herbeiführen werden, daß sie zur Zeit aber weitestlich die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse unterstützen können. Gleich den Pionieren haben die Gewerkschaften den Boden zu ebnen für eine höhere geistige Auffassung und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Verelendung und Verumpfung zu bewahren, um so die Massen der Arbeiter zu befähigen, die geschichtliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstande zufällt, lösen zu können,

ist Richtschnur geblieben für die Gewerkschaften. Und gerade jetzt hat es doppelten Wert, daß Legien völlige Einmütigkeit im Handeln als Vorbedingung für die Durchführung der zu erfüllenden Aufgaben bezeichnete, denn:

jede Aneignung in unsern Reihen gibt dem Gegner eine größere Macht, und nur durch ihre Einmütigkeit werden wir dem wirtschaftlich überlegenen Gegner gegenüber widerstandsfähig bleiben.

Wenn gegenwärtig an diesem ehernen Grundsaße stark gerüttelt wird, dann muß ein solches Treiben angefaßt der ungemainen Erstarkung des so oft mit Hyralsenschwall überwundenen Kapitalismus durch den Weltkrieg und in Hinblick auf die neulich in Berlin vollzogene Verkrüftung der Reaktion durch öffentliche Verbrüderung zwischen Großagrariertum und Schwerindustrie geradezu als gewollte Zurückverlegung der Zentralverbände in die Jahre organisatorischer Schwäche der Gewerkschaften erscheinen. Die Zeiten, wo niedrige Beiträge leere Kassen bedingten und die gewerkschaftliche Kraft durch demonstrative Besetzung des Klassenbewußtseins einen sehr äußerlichen Erlaß fand, müßten aber endgültig vorbei sein. Die deutschen Arbeiter würden sonst zeigen, daß sie trotz fünfundsanzigjähriger Gewerkschaftsarbeit seit dem Halberstädter Kongress gar nichts gelernt hätten, indes die Unternehmerorganisationen in zwingender Deutlichkeit die Fruktifizierung der gesammelten Erfahrungen veranschaulichen.

Kloß, der verorbene Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, sagte im Schlußworte zur Halberstädter Tagung:

Wir dürfen die Arbeiter nicht allein auf das „gelobte Land“ verweisen, sondern müssen tätig sein, schon heute Erleichterungen für die Arbeiterklasse zu schaffen.

Dieses gelobte Land ist so oft in berückenden Zukunftsvorstellungen gezeigt worden, daß denkende Arbeiter längst erkannt haben, wie wenig damit praktisch anzufangen ist, daß man davon nicht satt zu werden vermag, und daß über solche fröhliche Ausblicke gar leicht ein Rückschlag in Verelendung und Verumpfung eintreten kann.

Deshalb muß auch der betrübende Anblick, wie gegenwärtig das Lebenswerk von August Bebel durch beispiellose Verwirrung eines Teiles seiner auch so kleinen Epigonen geopfert wird, eine flammende Warnung sein, die Leute, die den Erisapsel auch in die Gewerkschaften werfen wollen, in fester Haltung von uns zu weisen. Sei es nun, daß der kapitalistisch recht durchsäuerete Abgeordnete Herfeld von neuem mit der Entzweiung der Gewerkschaften sich einen Sport leisten will, oder Kürbs, der Musterknabe eines depostierten Gewerkschaftsbeamten, in der „Leipziger Volkszeitung“ durch haarsträubenden Unsinn über „Zweck und Ziele der Gewerkschaftsopposition“ nur „klassenbewußte Verbandskollegen“ mit der Bekleidung gewerkschaftlicher Ämter beauftragt wissen will.

## Geschäftsbericht des Tarifamts

□ □ □ □ für das Jahr 1916 □ □ □ □

Die im Frühjahr beschlossene

### Tarifverlängerung um ein Jahr

solte mit der Zahlung einer Teuerungszulage an die Gehilfen verbunden sein. Wenn auch eine Verpflichtung von Tarifs wegen für Zahlung dieser Teuerungszulage nicht bestand, so ist doch damit gerechnet worden, daß diese Zulage seitens aller Firmen, die irgend dazu in der Lage waren, gewährt und allen Gehilfen zugewendet werden würde. Auch damit ist gerechnet worden, daß die vom Deutschen Buchdruckerverein empfohlene Mindestzulage als solche auch allgemein auf Prinzipalseite betrachtet werden würde.

Diese Erwartungen haben sich nicht in vollem Maß erfüllt. Auch die später vom Deutschen Buchdruckerverein empfohlene Erhöhung der Zulage wurde nicht allgemein durchgeführt. Die fortgesetzte Verteuerung des Lebensunterhalts machte der Gehilfenchaft das Durchhalten aber immer schwieriger; infolgedessen nahmen auch die Beschwerden beim Tarifamt über Nichtgewährung von Teuerungszulagen oder über nicht ausreichende Höhe gewachsener Zulagen kein Ende.

Zu gleicher Zeit bemühte sich auch der Deutsche Buchdruckerverein, eine Erhöhung der Druckpreise durchzuführen, weil alle für die Herstellung des Druckes in Betracht kommenden Materialien neben den Arbeitslöhnen ganz erheblich im Preise gestiegen waren. Es war aber anzunehmen, daß diese Bemühungen den erwünschten Erfolg nicht haben würden, und daß zu deren Durchführung die Mitwirkung der Tariforganisation erforderlich war.

Diese Tatsachen gaben dem Tarifamte Veranlassung, eine durchgreifende Änderung herbeizuführen in der Angelegenheit der Teuerungszulagen sowohl als in der Erhöhung der Druckpreise. Das Bestreben ging darauf hinaus, beiden Beschlüssen die frühere Unverbindlichkeit zu nehmen und durch einen Beschluß des Tarifausschusses zu einer Verpflichtung für die Tarifparteien zu machen. Im Einverständnis mit dem Tarifausschub erlebte das Tarifamt deshalb am 9. Dezember die nachstehende

### Rundgebung an die Mitglieder der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker.

Der Tarifausschub hat auf Vorschlag des Tarifamts vom 2. Dezember 1916 in Angelegenheit der Gewährung von Teuerungszulagen und der Erhöhung der Druckpreise

die nachstehenden beiden Beschlüsse gefaßt:

1. Die den Gehilfen zugehenden Teuerungszulagen — veröffentlicht in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 77 vom 17. Oktober und im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ in Nr. 126 vom 31. Oktober — sind von der ersten Lohnwoche im Oktober ab allen tariffreien Gehilfen zu zahlen, weil die Gehilfen dieser Mindestzulagen zu ihrem Lebensunterhalt unbedingt bedürfen. Bei Bemessung der Teuerungszulagen gilt als Wochenlohn der Grundlohn des betreffenden Gehilfen; die Entschädigungen für Arbeitsstunden und nicht regelmäßige Nacharbeit gehören nicht zum Grundlohn.

Die Teuerungszulage ist jedem Gehilfen für die jeweilige Dauer des Arbeitsverhältnisses anteilig zu zahlen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob im Falle der Lösung des Arbeitsverhältnisses der Prinzipal oder der Gehilfe gekündigt hat, oder ob das Arbeitsverhältnis durch Krankheit unterbrochen wurde.

2. Die in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 81 vom 3. November 1916 bekanntgegebene Erhöhung der Druckpreise um 25 bzw. 30 Proz. wird als Erhöhung des Druckpreistarifs anerkannt und ist von allen tariffreien Prinzipalen vom Tage dieser

Bekanntgabe an zu fordern. Die Durchführung dieser Erhöhung als Kriegsausschlag für Druckarbeiten wird, auch bei laufenden Druckverträgen, für angemessen und erforderlich erklärt. Diese Erhöhung der Druckpreise ist begründet durch die entsprechend veränderten Lohn- und Preisverhältnisse, hervorgerufen durch den Krieg und seine Folgen.

Diese beiden Beschlüsse der maßgebenden tariflichen Organe sind von den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft einer Tarifänderung gleich zu achten und als Anordnungen und Entschädigungen im Sinne des § 82 d Ziffer 4 c zu befolgen.

Für die ausführenden Organe der Tarifgemeinschaft gelten diese Entscheidungen zur Richtschnur bei Beurteilung und Entscheidung von Klagen und Beschwerden, die den Schiedsinstanzen oder Beschwerdeämtern zugehen sollten.

Alle früher in diesen beiden Angelegenheiten ergangenen Rundgebungen gelten gleichzeitig als aufgehoben.

### Begründung:

Im Dezember 1915 sind die Tarifparteien der Anregung des Geschäftsführers des Tarifamts gefolgt und haben sich mit der Verlängerung der Tarifdauer zunächst auf ein weiteres Jahr einverstanden erklärt. Der Tarifausschub ist dieser Entschliebung der Tarifparteien durch eine entsprechende Beschlußfassung im März 1916 beigetreten.

Die Gehilfenpartei ist dieser Anregung nur unter der Bedingung gefolgt, daß sich die Prinzipalpartei freiwillig zur Zahlung einer Lohnerhöhung oder einer Teuerungszulage entschlüsse, die den außerordentlich veränderten Lebensbedingungen einigermaßen entspreche. Diese Bedingung wurde von der Prinzipalpartei angenommen; die freiwillige Gewährung einer Teuerungszulage wurde ausfinden und von der Gehilfenpartei vertrauensvoll angenommen. Das Ersuchen auf Zahlung derselben hat der Tarifausschub mit seinem Beschluß auf Verlängerung der Tarifdauer demgemäß verbunden.

Die Prinzipalpartei, der aus der Verlängerung der Tarifdauer keinerlei materieller Nutzen entstand, sah sich infolge der ganz enormen Preissteigerung aller für Herstellung von Druckarbeiten unentbehrlichen Materialien gezwungen, die im Buchdruckpreistarife festgesetzten Herstellungspreise zu erhöhen. Es geschah dies in einem sehr mäßigen Ausmaß, der weder die Verteuerung der zum Druck erforderlichen Materialien noch die erhöhten Lohnsätze ausgleichen konnte. Beide Maßnahmen: die Gewährung einer Teuerungszulage an die Gehilfen neben einer allgemein vor sich gegangenen Lohnsteigerung und die Erhöhung der Druckpreise im April 1916, erwiesen sich bald darauf als nicht mehr ausreichend; die Verteuerung der Lebensmittel sowohl als aller zum Druck erforderlichen Materialien bewegte sich ständig in aufwärtssteigender Linie, so daß weder die Gehilfen mit ihrem Lohne noch die Prinzipale mit ihren Druckpreisen auskommen konnten.

Die Folge davon war, daß die Organisationen der Prinzipale und Gehilfen als die Träger der Tarifgemeinschaft von neuem auf eine Anpassung an die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen drangen, indem die Gehilfenorganisationen eine nochmalige entsprechende Erhöhung der Teuerungszulagen verlangten, während für die Prinzipalorganisation eine weitere Erhöhung der Druckpreise unbedingt erforderlich war.

Nach beiden Richtungen hin sind entsprechende Beschlüsse erfolgt. Dagegen ist die Durchführung derselben keine allgemeine geworden, was aus den vielfachen berechtigten Klagen beider Tarifparteien hervorgeht. Bezüglich der Teuerungszulagen vertritt noch heute ein Teil der Prinzipale die Meinung, daß die Gewährung der Teuerungszulagen überhaupt oder in der beschlossenen Höhe ihre eigene Angelegenheit sei.

Einer solchen Haltung gegenüber ist festzustellen, daß die Verlängerung der Tarifdauer untrennbar verbunden war mit der Gewährung einer Teuerungszulage an die Gehilfen. Eines wie das andre geschah zwar durch freiwillige Entschliebung der Tarifparteien, keinesfalls aber sollte die Gewährung oder Nichtgewährung einer Teuerungszulage der Entschliebung des einzelnen Prinzipals anheimgefallen werden. Die Teuerungszulagen sollten, um die geordneten Tarifverhältnisse aufrechtzuerhalten, ein freiwilliges Zugeständnis der Gesamtheit der tariffreien Prinzipale an die Gehilfenchaft sein. Tarifverlängerung und Teuerungszulagen wurden miteinander kompensiert.

Der Gehilfenchaft und den ausführenden Tariforganen wird demgegenüber vielfach von Prinzipalseite entgegengesetzt, daß die noch nicht vollständige Durchführung der Erhöhung der Druckpreise seitens einer anschließenden Reihe von Firmen einer Gewährung der Teuerungszulagen hindernd im Wege stehe. Auch die Prinzipalorganisation führt in diesem Sinne Klage.

Das Tarifamt ist davon überzeugt, daß die allgemeine Durchführung beider Beschlüsse unbedingt notwendig ist, wenn Prinzipalen und Gehilfen das Durchhalten während des Kriegs ermöglicht sein und wenn der ebenso notwendige Frieden im Gewerbe erhalten bleiben soll. In einer von so gewaltigen wirtschaftlichen Erschütterungen durchtobten Zeit kann ein auf lokaler Grundlage beruhendes Geseß, das für den gewerblichen Frieden in Friedenszeiten geschaffen worden ist, in seinen Bestimmungen nicht erstarren, sondern es muß die Beweglichkeit zeigen, sich völlig veränderten Verhältnissen anpassen zu können.

In einer Reihe von Beschlüssen, gestützt auf die nach § 87 des Tarifs ihm zusehenden Obliegenheiten, hat das Tarifamt während der Dauer des Kriegs die

Erledigung aller den Tarif betreffenden Angelegenheiten in die Hand genommen und hat diejenigen Maßnahmen getroffen, die unter Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaft die Anpassung an die veränderten Arbeitsverhältnisse gestatten.

Auf Grund dieser ihm zusehenden Rechte und Pflichten sieht sich der Tarifausschub gezwungen, die Gewährung von Teuerungszulagen und die Erhöhung der Druckpreise den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft zur Pflicht zu machen. Die Erfüllung dieser Beschlüsse und Vereinbarungen der Träger der Tarifgemeinschaft müsse erfolgen, wenn Prinzipale und Gehilfen während dieser Zeit miteinander weiter durchhalten wollen; das aber liegt nicht nur im persönlichen Interesse der Mitglieder der Tarifgemeinschaft, sondern im Interesse des Gewerbes und des schwer um seine Existenz kämpfenden Vaterlandes.

Der Tarifausschub erwartet von den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft das für Durchführung dieses Beschlusses erforderliche Wohlwollen und Verständnis.

Mit der Durchführung dieses Beschlusses und der Aufstellung etwa erforderlicher Ausführungsbestimmungen wird das Tarifamt beauftragt.

Berlin, 9. Dezember 1916.

Soweit es sich um die Zahlung der Teuerungszulagen handelt, kann von einer glatten Durchführung des vorstehenden Beschlusses berichtet werden. In bezug auf die Durchführung der Erhöhung der Druckpreise läßt sich Bestimmtes nicht sagen, weil sich dies im wesentlichen nur von Konkurrent zu Konkurrent kontrollieren läßt.

Der im April

### aufgenommenen Statistik

haben wir bereits Erwähnung getan. Zweck derselben war insbesondere eine Feststellung darüber, in welchem Umfang eine Personalverminderung in der Zeit zwischen April 1914 und April 1916 erfolgt war. Das erzielte Ergebnis war aber infolgedessen kein befriedigendes, weil die an das Tarifamt zurückgehenden Fragekarten nicht viel mehr als die Hälfte der Buchdruckereien umfaßten. 4181 Firmen berichteten, daß im April 1914 bei ihnen 48815 Gehilfen tätig waren, während die Zahl im April 1916 infolge der Einberufungen zum Heer auf 25696 zurückgegangen war; es mußte insofern ein Rückgang der tätigen Gehilfenzahl um 48,5 Proz. festgestellt werden.

Dieses Resultat war aber kein erschöpfendes, weil in der Tarifgemeinschaft nicht mit 48000, sondern mit etwa 80000 gerechnet werden muß. Seit April bis heute hat sich dieses Zahlenverhältnis erheblich verschoben. Aus den Mitgliederlisten der Gehilfenorganisationen läßt sich nachweisen, daß die Zahl der zum Heer Einberufenen etwa 55000 = 68,7 Proz. aller Gehilfen beträgt. Von diesen Gehilfen sind seit Beginn des Kriegs etwa 6500 als kriegsbeschädigt, während unfähig, krank oder als unerschickbar entlassen worden; das sind 4,8 Proz. Der zum Heer einberufenen Gehilfen. Es wurden sich demnach zur Zeit beim Heere noch rund 48500 Gehilfen befinden = 60,6 Proz. aller Gehilfen. Da die Einberufungen noch immer ihren Fortgang nehmen, ist das Buchdruckgewerbe in der Lage, behaupten zu können, daß keine Angehörigen im vollsten Maß an der Verrichtung des Vaterlandes beteiligt sind, und daß das Buchdruckgewerbe, trotzdem es als wichtig für die Kriegsführung angesehen werden muß, eine besondere Rücksichtnahme nicht gefunden, aber auch nicht beanprucht hat. Trotzdem mußte auch ferner damit gerechnet werden, daß weitere Einberufungen nicht zu vermeiden sind, und daß auch das Geseß für den vaterländischen Hilfsdienst noch eine weitere Verminderung des Personals zur Folge haben könnte. Eine hierüber mit dem Kriegsamte gepflogene Verhandlung führte zu einer Vereinbarung, die in nachstehender Erklärung ihren Ausdruck fand:

### Bekanntmachung.

Die Kriegslage erfordert, daß, wie in allen Berufszweigen, so auch im Buchdruckgewerbe, die kräftigen, gefunden Männer für Heeresdienst und schwere Arbeit freigemacht werden müssen unter Ersetzung durch schwächere Männer, Kriegsbeschädigte und Frauen.

Das Tarifamt stimmt diesem Grundsatze rückhaltlos zu und wird den entsprechenden Anträgen auf Erlass der männlichen Kräfte, soweit sie aus dem Gewerbe an das Tarifamt herantreten, keinerlei Hindernisse in den Weg legen.

Berlin, 6. Dezember 1916.

Marquard,

Direktor des Kriegsarbeits- und Erlassdepartements.  
Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Das Tarifamt hat auf Ersuchen des Kriegsamts diese Erklärung gern und freiwillig abgegeben; handelt es sich hierbei doch lediglich um die Vorfälligkeit dessen, was das Tarifamt seit länger als Jahresfrist geübt und als seine Pflicht angesehen hat. Das Kriegsamts hat als eine selbstverständlichkeit erklärt, daß das Buchdruckgewerbe in bezug auf die Wehrpflicht nicht mit andern Mäße gemessen werden könne wie jedes andre Gewerbe, und das Tarifamt hat bestätigt, daß das Buchdruckgewerbe bei Ausübung der vaterländischen Pflichten ebenso selbstverständlich keine Ausnahmestellung beanprucht und deshalb nach wie vor begründete Anträge auf Heranziehung von Ersatzkräften nicht abweisen wird.

Die Einziehung von Lehrlingen zum Heere gab dem Tarifamte Veranlassung, über deren Auscheiden aus dem Lehrverhältnis vor beendeter Lehrzeit und über deren späteren Wiedereintritt in den Beruf zu verhandeln und zu entscheiden. Das Tarifamt hat beschlossen, daß diese Lehrlinge vor Beendigung ihrer Lehrzeit zur Ab-

legung der Gehilfenprüfung berechtigt sein sollen, daß sie aber trotz bestandener Prüfung bis zur Einberufung zum Heere noch als Lehrlinge zu gelten hätten. Mit dem Eintritt ins Heer und mit dem Verbleiben in demselben während der Dauer des Restes ihrer Lehrzeit soll die Jungmannschaft den Gehilfenstand erwerben.

## □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisene Kreuz: Walter Schatz und Willi Ziegler (Münster), Willi Müller (Celle i. S.), Theodor Wings (Wülfsdorf), Bruno Baum, Robert Smetsana und Richard Jiegan (Saxau), Heinrich Wienhöfer + (Neustadt a. Abge.) sowie Emil Meele und Albert Weinig (Bare). Damit haben bis jetzt 3097 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

**Nachahmenswerke Beispiele zur Erleichterung des Durchhaltens.** Die Firma Weib & Kameier und die Firma Druckerei- und Verlagsanstalt in Ludwigs-hafen haben allen Gehilfen eine wöchentliche Zulage von 2 Mk. freiwillig gewährt. Die Teuerungszulage wird außerdem weitergezahlt.

**Umfangbeschränkung wegen Personalmangels.** Das „Anzeigblatt“ in Donaueschingen kündigte an, daß es wegen Mangels an Gehilfen bis auf weiteres nur noch zweifach erscheinen kann.

**Eingegangene Zeitung.** Die „Mittelzeitung“ in Sebnitz mußte wegen Einberufung des Besitzers und der Gehilfen ihr Erscheinen einstellen.

**Aufgehobenes Konkursverfahren.** Wegen Mangelmangel ist das Verfahren gegen die Zwenhauer Papierfabrik und Buchdruckerei eingestellt.

**Ein frühzeitig Entlassener.** Von der Jugendstrafkammer in Dresden wurde ein neunzehnjähriger Buchdrucker mit einer Zuchthausstrafe von vierzehn Monaten befreit, die er sich wegen gemeinschaftlichen Diebstahls mit einem Filzorgelgänger holte. Seine Mutter, eine arme Witwe, bat die Richter, ihren Sohn doch auf seinen Geisteszustand unterzuchen zu lassen, er könne nicht normal sein. Wie zur Bekräftigung dessen bekam der Angeklagte infolge der Charakterisierung seiner Handlungsweise durch den Vorsitzenden bei der Urteilsbegründung einen Todesurteilsantrag, schlug um sich und beleidigte die Richter. Im Frühjahr 1916 ist der damals kaum der Lehre Entwichene in Dresden wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Diebstahls zuerst zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach Verbüßung von vier Monaten wurde der jugendliche Sünder unter Gewährung einer Bewährungsfrist von vier Jahren zum Heere entlassen. Im November wurde er jedoch schon schuldlosig. Nach Verbüßung neuer Straftaten kam der misratene junge Kunstgenosse vor das Militärgericht, das ihn zu einem Jahre Gefängnis, drei Jahren Ehrverlust und Ausstoßung aus dem Heere verurteilte. Der vor dem Jugendgerichte spielende Fall schließt sich daran an, nun wird es sehr schwer fallen, wieder auf andere Weise abzuwehren; en-

**Grä Zeppelin's „Mit dem am 8. März“** im „Eiltem Charlottenburger Sanatorium einer Lungenentzündung nach vorausgegangenem andern Erkrankungen, deren eine Operation notwendig gemacht hatte, unerwartet verstorben 78-jährigen Grafen Ferdinand Zeppelin hat ein Erfindereben abgeschlossen, das in seinem Werke wie in seiner Laufbahn nicht fesneleschen hat. Zeppelin, der Schöpfer des lenkbaren Luftschiffes, ist allen Widrigkeiten, Enttäuschungen und Schicksalsschlägen eines Erfinders in felsenem Maß ausgehört gewesen. Dem tapferen, zähen, genialen Schwaben gelang der große Wurf erst in vorgerücktem Alter. Seine Luftschiffe haben während des Kriegs namentlich durch die Englandfahrten starke Proben ihrer Leistungsfähigkeit erbracht. Wie sie hätten dem Verkehr nutzbar gemacht werden können, davon ist uns nur erst eine schwache Vorstellung geworden durch die Fernfahrten vor dem August 1914, die das ganze Volk mit jubelnder Genugtuung verfolgte. Die deutsche Nation kann stolz sein auf diesen Mann, der das lagenhafte Problem der Beherrschung der Lüfte gelöst hat.

**Soziale Gesichtspunkte in der Kunstpflege und der Ernährungsfrage.** Unter der Stichmarke „Soziale Kunstpflege des Deutschen Bühnenervereins“ beschäftigt sich die „Soziale Praxis“ mit dem durch die Tagespresse schon bekanntgewordenen Beschlusse der Vereinigung der Theaterdirektoren auf deren letztmaliger Hauptversammlung. In der angenommenen Entschließung wird die Verpflichtung ausgesprochen, während der Dauer des Kriegs mindestens monatlich zwei Arbeitervertretungen zum Einzelpreise von nicht mehr als 30 Pf. zu geben. Diese Vergütung ist den „minderbemittelten kriegsbeschädigten Arbeiterklassen“ zugeordnet. Die „Soziale Praxis“ zollt diesem Beschlusse alle Anerkennung, die dem Deutschen Bühnenerverein in der Tat auch dafür gebührt. Aber der Begriff „minderbemittelte kriegsbeschädigte Arbeiterklassen“ wird als nicht ganz klar bezeichnet, und das mit Recht; er ist sogar sehr unklar. Wir haben, als das Wollfische Telegenbureau diese Nachricht verbreitete, folgende an einen Schreibfehler oder Höflichkeit bei eventuell telefonischer Übermittlung gedacht. In allen uns zu Gesicht gekommenen Blättern mit dieser Meldung fand sich das wenig einleuchtende Wort „kriegsbeschädigte“. Kriegsbeschädigte Arbeiterklassen gibt es ja gar nicht! Kriegsbeschädigte aus dem Arbeiterstande gewiß massenhaft, das sind indes keine Klassen. Es könnte aber heißen sollen: minderbemittelte kriegsbeschädigte Arbeiterklassen. Das wäre dann die ganze Arbeiterklasse, auch die Angestellten, von denen die „Soziale Praxis“ nicht zu Unrecht sagt, daß in diesen Kreisen „die wirtschaftlich kriegsbeschädigten verhältnismäßig noch zahlreicher wie in der Lohnarbeiterschaft“ sind. Wir haben in einer leider nicht zurückgelegten Zeitung ein Näheres über diese Angelegenheit gelesen. Daraus könnte geschlossen werden — deutlich

war auch die tragliche Ergänzung nicht —, daß es mehr auf die Arbeiter für Heeresbedarf abgesehen ist. Das wäre allerdings nicht der Substrat sozialer Kunstpflege, wie es schon nicht richtig ist, daß die Arbeiter der Rüstungsindustrie usw. in der Ernährungsfrage eine Bevorzugung genießen, die den übrigen gewerblichen Arbeitern oder Angestellten gegenüber auch nicht gut gerechtfertigt werden kann. Wer ist jetzt nicht Schwerstarbeiter in der Heimalarmee? Mühen sogenannte Leichtarbeiter vielfach nicht dauernd angestrengter tätig sein als die Schwerarbeiter, die in Munitionsfabriken oder ähnlichen Unternehmen beschäftigt sind? Den Schwerarbeitern soll es nicht mißgönnt werden, wenn sie in dieser recht schmalen Zeit sich etwas besser füttern können. Wir wehren uns nur dagegen, daß es nachgerade zur fixen Idee wird, außer der Tätigkeit in der Kriegsindustrie oder der Landwirtschaft andre Arbeit nicht mehr als voll anzusehen, daß sie mit einem Minimum an Lebensmitteln befristet werden kann usw. Gegen diesen verhängnisvollen Irrtum heißt es sich zur Wehr zu legen. Die Unterernährung ist keine Frage mehr, sondern Tatsache. Es darf nicht gebudet werden, daß zwischen Selbstverorgern und Schwerarbeitern und einem auch jetzt noch erheblichen andern Teile von männlichen und weiblichen Arbeitern lo große Unterschiede in der Ernährungsfrage gemacht werden. Die bemittelten Kreise wären zu der ersten Seite zu schlagen, weil ihnen dank ihres Geldbeutels und Einflusses immer noch genügend Möglichkeiten verbleiben, die rationierten Lebensmittel nur als Grundlage zu betrachten. Für die zweite Seite sind die mehr als kargen behördlichen Zuweisungen aber alles. Wenn nun diese Methode der klassenweise abgestuften Magenbefriedigung sich auch noch auf den Theatergenuss ausbreiten soll, dann müßte dagegen protestiert werden, ehe sich auch hier ein falscher Begriff festsetzt. Streng genommen ist die Eigenschaft des materiellen Minderbemittelten bei den angeblichen Leichtarbeitern am meisten zu finden, die von den Löhnen der Kriegsindustrie doch ein ganz Teil entfernt sind; sie müßten also für das Vorhaben der Theaterleistungen in erster Linie in Betracht kommen. Man schaffe also nicht noch auf dem Theatergebiete Vorrechte nach Arbeiterklassen! In der Sache selbst können wir uns noch in einem weiteren Punkte der „Sozialen Praxis“ anschließen. Die führende sozialpolitische Zeitschrift empfiehlt nämlich für die erfolgreiche Durchführung des Beschlusses gute Frühlingnahme mit den Vertrauensmännern der Arbeiterkraft und ihren Organisationen sowie mit dem Nationalen Frauenbündnis. Auch sollte von vornherein der idealistische Kunstauslassung der Arbeiter gebührend Rechnung getragen werden. Viele Winke und Betonung von Erfordernissen haben alle Berechtigung. Es gibt in Deutschland ja schon lange Arbeitervereinigungen, bei denen aber Arbeitervereine überwiegend die Veranstalter sind und dadurch Einfluß auf die Stücke ausgeübt werden kann. Unter den Städten, wo die Theaterleistungen besondere Ausführungen für Minderbemittelte bieten, dürfte Dresden oben an stehen. Dort finden sogar im Opernhaus ja billige Vorstellungen statt mit ersten Kräften und vollem Orchester. Auch die königliche Kapelle bietet Volkssinfoniekonzerte unter Leitung ihrer ersten Dirigenten zu kleinen Preisen. Es wird darüber gewacht, daß nur Minderbemittelte Karten erlangen. Wenn Dresden auch ein Vorbild gibt, daß anderswo vielfach nicht erreicht werden kann, weil die Vorbedingungen fehlen, so sollte die soziale Kunstpflege doch überall nur hochgeachteten Zielen zustreben.

**Aufforderung zur Erhöhung der Sachleistungen seitens der Krankenkassen.** Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hat sich an die ihm angeschlossenen Krankenkassen mit einer Mahnung gerichtet, der wir im Interesse möglichst grober Beachtung gern zu weiterer Kenntnis verhelfen wollen. Es heißt in diesem Mahnrufe, die Krankenkassen sollten alles tun, was in ihren Kräften steht, um die namentlich in den letzten Monaten vor der neuen Ernte sich verschärfenden Ernährungsschwierigkeiten zu mildern. Uns wichtigste Maßnahme wird eine den Teuerungsverhältnissen angepaßte Erhöhung der Leistungen empfohlen, die sich jedoch nicht oder nicht in erster Linie auf das Krankengeld beziehen soll, sondern es müßten mehr Nahrungsmittel gewährt, in der Krankenkasse ein weiteres getan werden. Dabei wäre nicht schematisch zu verfahren, sondern in Anbetracht der Familienverhältnisse. Das von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin in Anwendung gebrachte Mittel, von den ersten Mittagessen in den Massenmahlzeitenanstalten vorordnet zu lassen, wird als Beispiel empfehlend angeführt. Die Gemeinden Groß-Berlins haben sich bereit erklärt, solche Anweisungen genannter Krankenkassen in Zahlung zu nehmen. Wo derartige Sachleistungen nicht möglich seien, solle eine Erhöhung des Krankengeldes eintreten. Auch die Gewährung von Teuerungszulagen an die Beamten der Krankenkassen unter Berücksichtigung der schulpflichtigen Kinder und stärkerer der geringer besoldeten Klassen der Angestellten wird als Notwendigkeit bezeichnet.

**Kleingeldhamsterei.** So sehr sich der Menschenverstand dagegen kräut, daß es Individuen gibt, die selbst die durch außerordentliche Verhältnisse im Kriege, leider aber auch durch ungenügende Voraussicht der in Betracht kommenden Stellen, geschaffenen Schwierigkeiten mit Weisheit benutzen, um durch Zusammenharen von kleiner Münze sich einen eingebildeten Vorteil zu verschaffen, es gibt tatsächlich derartige Menschenkinder. Die Lebensmittelhamsterei, die schon längst im Schwange war, als bittere Not sich ausbreiten begann, und deren Ursprung in niederer Selbstsucht gerade bei denen zu finden ist, die keineswegs zuerst oder am meisten unter den Ernährungsschwierigkeiten zu leiden haben, hat sich übertragen auf das stark fehlende Kleingeld. Seine Geschäftsfrau in Weimar, bei der wegen Steuerhinterziehung

## □ □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □ □

**Berlin. (Korrespondenz.)** In der Versammlung am 4. März kam u. a. folgendes zur Sprache: Eine der größten Berliner Zeitungsdruckereien sucht als Nachfolger für ihren bisherigen sachmännlich gebildeten Oberkorrektor, der demnächst in den wohlverdienten Ruhestand tritt, einen „pensiierten Offizier“. Es gibt zweifellos viele gebildete Offiziere, die sich im Schriftwesen gut auskennen — in der Zeitungstechnik, die doch der Leiter einer großen Korrektorenabteilung gründlich beherrschen muß, dürfen sehr wenige erfahren sein. Kann man dem Personal der betreffenden Druckerei unrecht geben, wenn es annimmt, daß der Herr Offizier a. D. weniger den Posten eines Oberkorrektors ausfüllen als vielmehr ein schneidiges Regiment einführen soll? Leitende Posten dieser Art sollte man immer tüchtigen Fachleuten übertragen. Das Geschäft kann nur dabei gewinnen, wenn erfahrene Vorgesetzte den Angestellten ein gutes Beispiel geben und ein erträgliches Arbeitsverhältnis aufrechtzuerhalten wissen.

**Erfurt.** Die Maschinenfehrervereinigung Gau Osterlandschüringen hielt am 4. März in unsern Mauern ihre Generalversammlung ab, die von 32 Kollegen aus 12 Orten und einigen Gästen besucht war. Vorsitzender Wilhelm (Eisenach) gedachte der im Felde stehenden Kollegen, und die Versammlung ehrte hierauf das Andenken ihrer gefallenen Mitglieder. Zu Ende 1916 gehörten der Vereinigung 155 Mitglieder an, von diesen befinden sich 89 im Heeresdienste. Die Teuerungszulagen wurden im allgemeinen nach den Richtlinien gewährt, einige Kollegen gingen infolge ihres „hohen“ Lohnes leer aus. In längeren Ausführungen verbreitete sich der Vorsitzende über das Eindringen weiblicher Kräfte in unsern Beruf, die Gründe und Ursachen darlegend, und die Mitglieder auf Einhaltung der Ausnahmebestimmungen in solchen Fällen aufmerksam machend. Kollege Stephan (Eisenach) erlaskte darauf den Kassenbericht. Bestand 582,26 Mk. Der Beitrag wurde in seiner alten Höhe belassen. Kollege Schulze (Erfurt) hielt sodann einen Vortrag über: „Das Spiel der Matrizen“, der des Wissenswerten eine Fülle bot. Ihm folgte ein Vortrag des Kollegen Albert (Erfurt) über: „Die Frau im Buchdruckergewerbe“, der eine lebhaftige Aussprache der Mitglieder hervorrief. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des leitenden Vorstandes. Nach Besprechung einiger farblicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung an die Kollegen, in dieser ersten Zeit sich auch als tüchtige Verbandsmitglieder zu betätigen, die anregend verlaufene Versammlung.

**Hof i. B.** Am 4. März fand hier eine Bezirksversammlung statt, die auf besucht war. Erschienen waren Kollegen aus Hof, Münchberg, Selb, Schwarzenbach a. S. und Wunsiedel. Eine Anschließung: „Arbeiten aus der Praxis des Kollegen Erche (Sannover)“ mit Referat leitete die Versammlung ein. Es waren gute, gezielte Arbeiten eines Mitgliedsleiters. In Zukunft werden den Bezirksvereinsmitgliedern öfters solche Rundsendungen zugänglich gemacht, um das Bestreben nach Fortbildung der Kollegen zu fördern. Die Gaumitteilungen wurden bekanntgegeben, ebenso von einem Zirkular des Verbandsvorstandes Kenntnis genommen. Die Regelung der Bezahlung der Sonntagsüberstunden löste eine Debatte aus. Die Wahlen gingen flott vorüber, indem sämtliche Vorstandsmittelglieder wegen des Kriegs ihre Ämter beibehielten und als Stellvertreter des Vorsitzenden Kollege Gandler (Hof) gewählt wurde. Beschlossen wurde, im Juli eine Zusammenkunft in Marktzeulsen abzuhalten. Viele Grüße und Dankeschreiben von selbgrauen Kollegen für Geldpostsendungen u. a., für die der Betrag von 38 Mk. aufgemeldet worden war, lagen vor. Der wöchentliche Bezirksvereinsbeitrag beträgt 5 Pf., die Fahrgeheimschädigung wurde auf 50 Pf. bemessen. Zur Verlesung gelangten noch einige Schreiben, ein heiliges Nichtmitglied betreffend, das aus der Tarngemeinschaft ausgeschlossen wurde und unter verschiedenen Namen operiert.

**Nördlingen.** Unsere heutige Generalversammlung erfreute sich, den Verhältnissen entsprechend, eines guten Besuchs. Ehrend wurde eingangs unser im Völkerrkriege bis jetzt gefallenen Kollegen gedacht. Der Kassenbestand ist ein guter zu nennen, trotzdem wir unsre Kriegserwartungen laufend unterziehen. Eingelesen am Jahreschlusse 63 Kollegen, davon 19 verbeiratete. Ein seltenes Jubiläum konnten wir begehen: die 25-jährige Amtstätigkeit unsres Kassierers Heinrich Goldschneider. In anerkennenden Worten gedachte der Vorsitzende der treuen Tätigkeit dieses Kollegen und überreichte ihm im Namen des Ortsvereins ein kleines Andenken, wofür der Jubilar, wie auch für das langjährige Vertrauen, das man ihm geschenkt, in bewegten Worten dankte. Die Neuwahlen zum Vorstande folgten die alte Liste; nur mußten wir mit Bedauern sehen, daß der Kassierer durch nichts zu bewegen war, seinen Posten weiter beizubehalten. Der „Selner“ wünscht nach 10-jähriger Tätigkeit die wohlverdiente Ruhe! An seine Stelle tritt somit Kollege Wüß.

eine Beschlagnahme stattfand, bei welcher Gelegenheit ein Betrag von nicht weniger als 23000 Mk. in allen erlösenden kleinen Münzen vorgefunden wurde, wird wohl das Kleingeldhamburger am tollsten getrieben haben. Das dieses Frauenzimmer außer dem moralischen noch einen geistigen Defekt haben muß, braucht wohl nicht in Frage zu kommen. Selbstverständlich kam das beiseite getane viele Kleingeld sofort in den Verkehr. Auf Fünfsig-pennigstücke scheint sich eine besondere Samferwut zu richten. Daran sollen auch Verkäuferinnen und Straßenbahnfahrerin ihren Anteil haben. Warum und wieso, mögen die Götter wissen; auch wie dieses Zurücklegen finanziell möglich zu machen ist. Im Verkehr mit Geschäftleuten kann man auch die widerspruchsvollsten und unangenehmsten Dinge jetzt erleben. Überwiegend wird es ja den Kaufleuten entsprechen, wenn einem beim Einkaufe die Unmöglichkeit des Geldwechsels (meist höchst unrentabel) verständlich gemacht wird. Es gibt aber so gerissene Geschäftsinhaber oder -angestellte, die ihre stereotype Frage: „Haben Sie kein Kleingeld?“ auch dann nicht unterlassen, wenn sie die Kasse voll Kleingeld haben. Das ist nicht viel weniger verwerflich als das unständlichere Samfern. Das Reich ist allein in der Lage, durch wirklich genügende Ausprägungen von Ersatzmünzen der allgemeinen Kleingeldnot abzuhelfen und dem diese noch verstärkenden Samferwut das Handwerk zu legen.

**Maßnahmen gegen die Kleingeldnot.** Wenn die Ausprägung der zur Ausgabe bestimmten Eisen- und Aluminiummünzen beendet sein wird, soll auch ein Zweieinhalbspennigstück in den Verkehr gebracht werden. Sicher wird damit einem Bedürfnis entsprochen, größer ist aber das nach Fünfsigpennigstücken. Von der Ablicht, diese zu vermehren, hört man jedoch nichts. Um den schreienden Miskhande der Kleingeldnot abzuhelfen, entschließen sich daher zunehmend Stadtverwaltungen, Kleingeldgutscheine zum Betrage von 50 Pf. auszugeben. Auch Großstädte wie Leipzig und Magdeburg sind zu diesem Auswege geschritten. Andere Städte gehen, wie schon einmal erwähnt, weiter, indem sie von 50 Pf. an herunter bis 1 Pf. Münzgutscheine drucken lassen. So bedenktlich man solche

Papiergeldwirtschaft finden muß, schließlich ist dieser Weg doch noch besser als das jetzt üblich gemordene Geldwecheln mittels Postwertzeichen. Inher durch die Lebensmittelpreisen und das Stehen beim Einkaufe so geplagten Frauenwelt erwächst dadurch eine neue Last. In der Entleerung der Gasautomaten müßte unbedingt doch Abhilfe zu schaffen sein. Es ist berechnet worden, daß in den über 200000 Automaten der Berliner Gaswerke sich während der Wintermonate jederzeit rund 6 Millionen Zehnspennigstücke befinden. Sie könnten unter Zuhilfenahme der Lehrer (wie in Mannheim) oder durch hilfsweise Beschäftigung geeigneter Kriegsbeschädigter, auch durch Srananziehung von zu gemeinnütziger Tätigkeit bereiten Frauen jedenfalls öfter als einmal im Monat zur Entleerung gebracht werden. Millionen von Groschen würden so schneller umgewandelt werden können, und die Kleingeldnot würde merklich gemildert sein. Das Papiernotgeld gilt übrigens nur für den Stadtbezirk und bis zu einem im voraus bestimmten Zeitpunkt. Die Postankassen am Orte geben und nehmen es auch in Zahlung.

**Städtisches Kriegsnotgeld.** Was wir davon bis jetzt gesehen haben, wird weit übertroffen durch die von dem Magistrat in Glogau jetzt herausgegebenen Gulscheine im Nennwerte von 1, 2, 5, 10 und 50 Pf. Praktisch im Format, gut im Papier, ausgeführt nach einem hübschen Entwurfe des Kunstmalers Albert Knab in Berlin, repräsentieren sich diese von der bekannten Firma Carl Fleming, Aktiengesellschaft in Glogau, hergestellten Gulscheine äußerst vorteilhaft. Die Vorderseite ist in drei kompositierten Farben gehalten. Untergund und Umrandung wechseln nicht nur bei jedem Geldbetrag in den Farben, sondern heben sich auch so gut voneinander ab, daß eine Verwechslung schon dadurch ausgeschlossen erscheint. Die Rückseite zeigt eine skizzierte Zeichnung mit eingedrucktem Text- und nochmaliger sehr deutlicher Werfangebe. Aus dem „Journal für Buchdruckerkunst“ haben wir von einem abfälligen Urteile des Herausgebers der „Zeitschrift für Reproduktionstechnik“ über die Herstellung der Brotmarken erfahren. Man hätte es den Fälschungslustigen etwas reichlich leicht gemacht, ihre „Kunst“ daran zu ver-

suchen. Er empfiehlt, doch das Offsetdruckverfahren in Anwendung zu bringen, mit dem auch eine nennenswerte Verfeinerung vermieden wird. Das ist jedenfalls richtig. Die Flemmingischen Papiergeldscheine zeigen den Weg, wie bei dem fälschlichen Kriegsnotgelde dem Fälschungstriebe nicht wieder ein neuer Anreiz gegeben werden kann.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Schwerin.** In Gropesmühlen ließ sich unterm 15. Oktober 1916 ein Kollege unter dem Namen Karl Walter Nikola, geb. in Dresden am 21. März 1899, ausgem. am 22. April 1916, in den Verband aufnehmen. Derselbe trat am 4. November 1916 wieder aus und verschwand aus genannter Stadt unter Zurücklassung seiner Logischulden. Wie sich nach seiner Abreise herausstellte, hatte er die Papiere eines Kellners im Mai 1916 in Elbing gestohlen und mit diesen seine Aufnahme bewerkstelligt. Es soll dies, wie polizeilich festgestellt ist, bereits der zweite Diebstahl von Personalpapieren sein. N. wird als koffer Arbeiter von kleiner, schwächlicher Figur, dunklem Haar, lebhaften Augen und gestutztem Schnurrbart geschildert. Es wird hierdurch vor diesem Schwindler gewarnt und um Abnahme der gestohlenen Papiere ersucht.

**Adressenveränderungen.**

Ludwigshafen a. Rh. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Hermann Rolt, Uhlendstraße 20 IV. — Das Vereinslokal befindet sich wieder im Lokale des Herrn A. Appel, Dagersheimer Straße 29.

**Verammlungskalender.**

Berlin. Maschinenmeisterverammlung heute Dienstag, den 13. März, abends pünktlich 8 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexandrinenstraße 44.  
Gera. Bezirksverammlung Sonntag, den 25. März, vormittags 10 Uhr, in der „Hofbräuhaus Turnhalle“.

**Schriftseher und Maschinenmeister**  
auch Kriegsbeschädigte, für dauernde Stellung sucht [236]  
Aug. Pries, Leipzig, Brüderstraße 59.

**Rößbergische Buchdruckerei in Leipzig**  
stellt jederzeit Schriftseher und Maschinenmeister (Saugapparat) ein. [95]  
Für mittlere Buchdruckerei wird ein jüngerer

**Maschinenmeister**  
zum sofortigen Antritt gesucht. [271]  
Buchdruckerei Hans Deding, Braunschweig.

**Schriftseher**  
gesucht, eventuell Kriegsbeschädigter, in dauernde Stellung. [202]  
Weserdruckerei m. b. H., Oestemünde.  
Militärseher

**Schriftseher**  
für Zeitung und leichte Akzidenz findet sofort dauernde Stellung. [269]  
C. G. Seidel, Waldheim.

**Zwei tüchtige Zeitungseher**  
sucht zu Ende März. [165]  
Albert Mewes, Rügenwalde.  
Militärseher, jüngerer  
**Akzidenz- oder Inseratenseher**  
auch Kriegsbeschädigter, der Gelegenheit hat, sich an der Segmaschine (Einotype) auszubilden, gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften usw. an [287]  
C. Kollerdorf, Bide i. W.

**Maschinenmeister**  
**Akzidenzseher**  
**Werkseher**  
**Typograph- und Monotypeseher**  
**Stereotypseher**  
jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [218]  
Oscar Brandstetter  
Leipzig.

Tüchtige  
**Maschinenmeister**  
**Werkseher**  
**Metzeure**  
**Katalogseher**  
**Akzidenzseher**  
**Monotypeseher**  
**Typographseher**  
**Korrektoren**  
**Stereotypseher**  
**Galvanoplastiker**  
**Aufräumer**  
**Abzieher**  
auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sofort gesucht. [200]  
Spamersche Buchdruckerei,  
Leipzig, Breitskopffstraße 7.

**Maschinenmeister und Werkseher**  
finden bei uns dauernde Stellung. Wir erbitten Angebote mit Lohnforderungen. [964]  
Petersche Hofbuchdruckerei, Alfenburg (S.-M.).

Tüchtiger  
**Buchdruckmaschinenmeister**  
möglichst mit Rotary vertraut, gesucht. [270]  
Druckerei S. Demuth,  
Frankfurt a. M., Kronprinzenstraße 59.

**Maschinenmeister**  
oder  
**Schweizerdegen**  
sotort gesucht. [223]  
R. Schönenberger, Buchdruckerei,  
Eriberg (Schwarzwald).

Zu Offern auslernender [284]  
**Drucker**  
der fern ist im Werk- und möglichst auch Illustrationsdruck, kann Offern oder auch sofort bei mir antreten. Gelegenheit zur Weiterbildung.  
Buchdruckerei G. Reichardt,  
Großsch (Zes, Leipzig).

**Seherstereotypseher**  
tüchtig im Plattenkorrigieren, findet bei uns dauernde Stellung. Angebote mit Lohnforderungen erbeten. [1965]  
Petersche Hofbuchdruckerei, Alfenburg (S.-M.).

**Jüngerer Seher**  
welcher Offern auslernt, sucht Stellung, in der er sich weiter ausbilden kann. Offerten mit Lohnangebe sind zu richten an [290]  
Paul Fische, Regnitz, Bolksstraße 18.

**Schriftseher**  
in Akzidenz- und Inseratensatz bewandert, sucht passende Stellung. Angebote an  
H. Schulz, Weimar, Goetheplatz 16. [282]

Joseph A. 1885 Mülhausen i. Elz.  
Hauptpostlagernd. Briefe werden vom Postamt Mülhausen unter dieser Adresse nicht angenommen. Wir bitten um volle Adresse. [283]  
Buchdruckerei J. & A. Temming,  
Bocholt i. W.

**Wie soll ich zurichten?**  
Preis: Reim. geb. 1,70 Mark  
einschl. Porto. Ein Zeitfaden.  
Buchdrucker a. Aufzucht d. Zurechtung im Werk, Platten-, presse und Siegel, 105 Seiten Text m. 20 Abbild. u. 20 Tafeln auf Kunstdruck. Erhältlich nur vom Verleger: W. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstr. 20. Vom „Korr.“ und andern Fachschriften zur Anschaffung empfohlen! [201]

**H. MATHAEUS DESSAU**  
Flössergasse 46  
Katalog gratis u. fr.

Zellenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf.  
E. Freig, Mainz, Mainstraße 30.

Am 1. Oktober v. J. verstarb an einer schweren Verwundung in einem Lazarett in Creil in französischer Gefangenschaft unser lieber Kollege [288]  
**Paul Segewald**  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Ortsverein Stargard i. P.

Am 17. Februar erlitt den Tod auf dem Schlachtfeld unser lieber Kollege, der Seher  
**Karl Burschberg**  
aus Kößchenbroda. [285]  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Bezirksverein Alfenburg.

Am 7. März verschied nach nur stützigem Krankenlager unser werter Mitglied, der Seher [286]  
**Gustav Hofmann**  
geboren 1863 in Leipzig.  
Wir verlieren in ihm abermals ein langjähriges, treues Mitglied und tüchtigen Vertrauensmann.  
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.  
Mitgliedenschaft Chemnitz.

Am 26. Februar verschied in Dagersheim nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher [289]  
**Georg Riegel**  
aus Groß-Sachsach, im Alter von 39 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Bezirksverein Ludwigshafen a. Rh.